

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Kämmerei  
Bearbeitet von: Heiko Erner und Manfred Reisch

Datum  
18. Juni 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**03.07.2002**

---

**Rat**

**17.07.2002**

---

Betreff:

### **Haushalt 2002**

**hier: a) Genehmigung der 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungs-  
konzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002**

**b) Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gem. § 28 GemHVO**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt

- a) von der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1994 für das Haushaltsjahr 2002 sowie der in dieser Vorlage aus Sicht der Verwaltung für notwendig erachteten Bewertungen einzelner Feststellungen in der Genehmigungsverfügung  
und
- b) von der Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Teilsperre gemäß § 28 GemHVO

Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **a) Genehmigung des HSK's 1994 für das Haushaltsjahr 2002**

Mit Verfügung vom 22. Mai 2002, die als Anlage 1 dieser Vorlage beigelegt ist, hat der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein - als untere staatliche Verwaltungsbehörde - die 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2002 **"trotz weiterhin erheblicher Bedenken"** genehmigt.

Die grundsätzlichen Ausführungen des Landrates zur negativen Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Siegen werden von der Verwaltung geteilt. Die Gründe, die

zu dieser schon als dramatisch zu bezeichnenden Entwicklung geführt haben, wurden in den vergangenen Haushaltsplanberatungen und auch bei anderen Anlässen wiederholt dargestellt und erörtert.

Dies vorangestellt, enthält die Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein jedoch einzelne Aussagen, die aus Sicht der Verwaltung einer besonderen Bewertung bzw. Klarstellung bedürfen.

### *Grundsteuer A und B*

Die Hebesätze für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe / 190 v. H.) sowie die Grundsteuer B (sonstige Grundstücke / 390 v. H.) wurden vom Rat der Stadt Siegen zuletzt in der Sitzung am 28.02.2001 mit Wirkung ab 01.01.2001 um jeweils 20 Prozentpunkte angehoben.

Dass der Hebsatz der **Grundsteuer A** (190 v. H.) damit trotzdem noch unter dem Landesdurchschnitt von 217 v. H. liegt, ist richtig. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Einnahmen "Grundsteuer A" bei einem Haushaltsansatz für 2002 von 21.000 € lediglich rd. 0,01 % des Gesamteinnahmenvolumens des Verwaltungshaushalts ausmachen. Eine Anhebung auf den landesdurchschnittlichen Hebesatz würde eine voraussichtliche Mehreinnahme von rd. 3.000 € bewirken.

Der Hebesatz für die **Grundsteuer B** (390 v. H.) liegt mit "lediglich" 1,83 % über dem vom Landrat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens herangezogenen landesdurchschnittlichen Hebesatz von 383 v. H..

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Innenminister des Landes NW mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 auch eine Aktualisierung des Schlüsselzuweisungssystems beabsichtigt. Danach ist u. a. auch eine Anhebung der fiktiven Hebesätze bei den Realsteuern vorgesehen. Für die Stadt Siegen bedeutet dies, dass z. B. der fiktive Hebesatz bei der Grundsteuer B von bisher 330 v. H. auf voraussichtlich dann 401 v. H. steigen wird. Das heißt, dass der Stadt eine höhere Steuerkraft angerechnet wird, die wiederum nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen nach sich zieht.

Zur Forderung des Landrates (Erhöhung der Hebesätze) wird, auch unter Berücksichtigung der landesseitig vorgesehenen Anhebung der fiktiven Hebesätze bei den Realsteuern, rechtzeitig verwaltungsseitig ein Vorschlag zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden.

### *Kostendeckung in aus Gebühren bzw. Entgelten finanzierten Bereichen*

Bezüglich der "als nicht in allen Fällen gegeben" kritisierten größtmöglichen Kostendeckung in Bereichen, die in der Regel ganz oder zu einem großen Anteil über Gebühren, Entgelte o. ä. zu finanzieren sind ist festzustellen, dass die in einigen Einrichtungen gestiegenen Zuschussbedarfe überwiegend durch höhere Personalausgaben aufgrund tarifvertraglicher Erhöhungen ausgelöst worden sind. Sofern bei den kostenrechnenden Einrichtungen nicht bereits eine Vollkostendeckung gegeben ist (z. B. in den Bereichen Rettungsdienst, Straßenreinigung, Abfallbeseitigung), werden

- nach Auswertung der jeweiligen jährlichen Betriebsabrechnungen - kontinuierlich Gebührenanpassungen vorgenommen.

Darüber hinaus ist die Verwaltung ständig bemüht, auch eine Verbesserung der Kostendeckungsgrade bei nicht kostenrechnenden Einrichtungen (z. B. Musikschule, VHS, Bäder) zu erreichen.

### **Freiwillige Leistungen**

Die freiwilligen Leistungen sind in der überwiegenden Zahl der Fälle der Höhe nach gleich geblieben. Ausgabeerhöhungen mussten allerdings zwangsläufig dort vorgenommen werden, wo entsprechende vertragliche Regelungen (z. B. Freiwillige Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen) bestehen oder dies aus sonstigen unabweisbaren Gründen unvermeidbar war.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass auch dieser Bereich ab sofort bei den weiterhin uneingeschränkt erforderlichen Konsolidierungsbemühungen nicht mehr tabuisiert werden darf, wenn die Erwartungen, die mit der Genehmigungsverfügung ausgesprochen wurden, erfüllt werden sollen.

### *Steigerungsraten bei Personal- und Sachausgaben*

Die Steigerungsrate bei den **Personalausgaben** insgesamt beträgt gegenüber dem Vorjahr 1,4 % (Orientierungsdaten 1 %). Bereits im HSK (Seite 7 ff.) wurde dargelegt, dass unter Berücksichtigung der Tarif- und Besoldungserhöhungen die Orientierungsdaten nicht einzuhalten sind und der Forderung des Handlungsrahmens nach Absenkung der Personalausgaben nicht entsprochen werden kann. Gleichzeitig wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine Personalkostensteigerung von 1 % (Orientierungsdaten) in den Folgejahren nur dann einzuhalten ist, wenn moderate Tarifabschlüsse erfolgen.

Was die angesprochene Steigerungsrate im sogenannten „**Sachkostenbereich**“ betrifft, so ist diese im Wesentlichen auf die Erhöhung der Deponiegebühren durch den Kreis Siegen-Wittgenstein zurückzuführen. Darüber hinaus sind anteilig Mittel der sog. "Schulpauschale" zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen eingeplant.

### *Netto-Neuverschuldung*

Richtig ist, dass im aktuellen Investitionsprogramm 2001 – 2005 für das Haushaltsjahr 2003 eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ausgewiesen wird. Die Fortschreibung des Investitionsprogramms muss daher mit der Zielsetzung erfolgen, dass im Haushaltsjahr 2003/Folgejahre keine Netto-Neuverschuldung entsteht. Dies bedeutet eine Verschiebung und Umschichtung von Investitionen oder eine kreditunabhängige Finanzierung.

### *Veranschlagungen im Haushaltsplan und HSK*

Wie in der Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein zutreffend dargestellt, sind einige Veranschlagungen – auch aus der Natur der Sache – mit erheblichen Unsicherheiten verbunden (Steuern, Finanzzuweisungen u. a.).

Grundlage dieser Veranschlagungen waren die zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Informationen des Innenministeriums, Städtetages etc. zur voraussichtlichen Entwicklung.

Die Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung wird zeigen, inwieweit sich die damaligen Annahmen bestätigen bzw. ob grundlegende Änderungen vorzunehmen sind. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand bereits jetzt davon ausgegangen werden muss, dass zumindest die Schlüsselzuweisungen 2003 nicht in der erwarteten Höhe realisiert werden können.

### *Ziel des frühzeitigen Haushaltsausgleichs; Bildung einer allgemeinen Rücklage*

Auch von Seiten der Stadt Siegen wird angestrebt, in der Mittelfristigen Finanzplanung so früh wie möglich einen originären Haushaltsausgleich sowie einen Haushaltsausgleich einschließlich der Abdeckung aller Altfehlbeträge darzustellen. Sobald dieses prioritäre Ziel der Haushaltskonsolidierung erreicht wird, ist die Ansammlung einer allgemeinen Rücklage vorzunehmen.

**In Bezug auf die Haushaltslage der Stadt Siegen muss jedoch noch einmal deutlich herausgestellt werden, dass im Wesentlichen externe und damit nicht zu beeinflussende Faktoren, wie z. B. wegbrechende Steuereinnahmen oder ständig steigende gesetzlich bedingte Ausgabeverpflichtungen, ursächlich für das Nichtgelingen der Haushaltskonsolidierung innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Finanzplanungszeitraumes sind. Die bereits erfolgreich umgesetzten eigenen Konsolidierungsbemühungen werden dadurch immer wieder konterkariert.**

### **b) Haushaltswirtschaftliche Teilsperre gemäß § 28 GemHVO**

Wie im Haupt- und Finanzausschuss am 05. bzw. im Rat der Stadt Siegen am 19.06.2002 berichtet (Verwaltungsvorlage Nr. 1964/2002 vom 22.05.2002), lässt der Bewirtschaftungsstand nach Ablauf von vier Monaten erkennen, dass im laufenden Haushaltsvollzug wiederum erhebliche Mindereinnahmen (bei der Gewerbesteuer sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) zu erwarten sind. Insofern wurden bereits über die verfügbaren Bewirtschaftungsrichtlinien hinausgehende einschränkende haushaltswirtschaftliche Maßnahmen (Haushaltssperre) angekündigt.

Die sich nach derzeitigem Erkenntnisstand abzeichnende **Fehlbetragsausweitung (möglicherweise bis zu rd. 12 Mio. €)** ist weder durch eine auch weiterhin äußerst restriktive Ausgabenbewirtschaftung noch durch eine haushaltswirtschaftliche Teilsperre nach § 28 GemHVO vollständig aufzufangen. Ungeachtet dessen müssen jedoch alle Anstrengungen unternommen werden, um einer Verschlechterung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entgegenzuwirken. Eine entsprechende Forderung hat auch der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein in der v. g. Genehmigungsverfügung zum Haushalt 2002 erhoben.

Nach § 28 GemHVO kann der Kämmerer, wenn die Entwicklung der Einnahmen

oder Ausgaben es erfordert, die Inanspruchnahme von Ausgabeansätzen und Verpflichtungsermächtigungen sperren. Der Rat kann diese Sperre wieder aufheben.

Mit Verfügung vom 18.06.2002 wurde eine **haushaltswirtschaftliche Teilsperre** in Höhe von

**10 %**

der sog. disponiblen Ausgabeansätze nach § 28 GemHVO verfügt. Wegen der ohnehin bereits äußerst stringent gebildeten Haushaltsansätze des Jahres 2002 sind weitergehende und kurzfristig wirkende Eingriffe in die laufende Bewirtschaftung kaum möglich. Allerdings ist es aber auch zur Verhinderung von weiteren Fehlbetragsausweitungen zwingend erforderlich, dass die Haushaltssperre in voller Höhe in den jeweiligen Budgetbereichen bzw. im Gesamthaushalt "greift".

Ausgenommen von der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre sind Leistungen, zu denen die Stadt Siegen aufgrund von gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen verpflichtet ist. Aufgrund der als dramatisch zu bezeichnenden Haushaltslage ist es in diesem Jahr jedoch erstmalig unumgänglich, auch die freiwilligen Zuschüsse in die 10 %ige Sperre mit einzubeziehen.

Die konkreten Umsetzungsmodalitäten der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre sind aus der als Anlage 2 beigefügten Verfügung vom 18.06.2002 an alle Fachbereiche / Institute zu entnehmen. **Dabei ist darauf hinzuweisen, dass von den einzelnen Organisationseinheiten ein an den disponiblen Mitteln orientierter 10 %iger Konsolidierungsbeitrag verlangt werden muss. Die Einsparvorgaben je Organisationseinheit sind in der Anlage 3 dargestellt.**

**Um den Gesamtkonsolidierungsbeitrag je Organisationseinheit absichern zu können, werden zunächst die ermittelten Beträge haushaltsstellenscharf gemäß Anlage 3 gesperrt. Jede Organisationseinheit hat jedoch die Möglichkeit, die verfügte Sperre auszutauschen mit der Maßgabe, dass der zu entsperrende Betrag zu einer adäquaten Einsparung bei einer anderen Haushaltsstelle führt. Ebenfalls wird die Haushaltssperre dann aufgehoben, wenn nachweislich unabweisbare Ausgabenbedarfe in Höhe der gesperrten Beträge vorliegen.**

Bei voller Umsetzung der Haushaltssperre kann, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen genommen, ein Betrag von rd. 1,65 Mio. € "erwirtschaftet" werden.

Nach § 29 GemHVO ist der Rat unverzüglich zu unterrichten, wenn eine haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 28 GemHVO angeordnet wird. Dieser Verpflichtung komme ich hiermit nach.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen: 3